

Stimme des Nordens

Sonderheft zur Reform der Gemeinden

Silke Hinrichsen mit der Stellungnahme des SSW zur Verwaltungsreform, die vom Parteitag einstimmig beschlossen wurde.

Was bringt uns die Verwaltungsreform?

Diese Frage sollten wir uns alle stellen, denn was die Landesregierung in den kommenden Jahren vorhat, wird uns alle berühren. Die Antwort des SSW-Vorsitzenden Flemming Meyer ist ganz klar: „Die Reform bringt mehr Bürokratie, mehr Kosten und weniger Bürgernähe.“

Der SSW will starke, bürgernahe Kommunen. Mit ihrer Reform erreicht die Landesregierung aber das Gegenteil: Die Verwaltungsspitzen werden gestärkt, die Kommunalpolitiker geschwächt und die Bürger finden in dieser Reform gar nicht statt.

Es wird Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger aufmucken und der Landesregierung deutlich sagen, was sie von diesen Plänen halten. Um diese kritische Auseinandersetzung zu fördern, haben wir hier die Positionen des SSW zusammengefasst.



Foto: Flensburg Avis

SSW-Parteitag lehnt einstimmig die Verwaltungsreform ab

Das Votum der SSW-Basis war unmissverständlich. Der SSW-Sonderparteitag am 21. Januar lehnte einstimmig die Verwaltungsreform der Landesregierung ab. Der SSW-Landesvorsitzende Flemming Meyer sagte ebenso deutlich, warum: „Mehr Bürokratie, mehr Kosten und weniger Bürgernähe - das ist die Realität der Verwaltungsreform von CDU und SPD.“

„Die Große Koalition will die Schwäche der Kommunen mit noch mehr Bürokratie bekämpfen. Der Verschiebepfeil der Verwaltungen wird ausgebaut, der Aufwand für die Koordinierung wird wachsen und die Bürger werden noch weniger durchblicken“, monierte Meyer, der die Reform als „Struktur-

Verkomplizierungs-Programm“ bezeichnete. „Die hoffnungslos veralteten, unübersichtlichen, verzettelten und damit verantwortungsscheuen Entscheidungsstrukturen werden nicht angetastet.“

Große Koalition hat keinen Mut zur Gebietsreform

Eigentlich sollte man gerade von einer Großen Koalition erwarten, dass sie sich mit ihrer breiten Mehrheit auch an unpopuläre Entscheidungen herantraut. Und die sind mehr gefragt, denn je: Die vielen kleinen Gemeinden in Schleswig-Holstein haben heute wenig zu bestimmen und noch weniger Geld. Deshalb wäre es konsequent, größere Gemeinden zu bilden, die wieder mehr Spielraum

haben. CDU und SPD haben aber nicht den Mut, klare Kante zu machen und eine längst überfällige Kommunalgebietsreform durchzusetzen. Stattdessen will die Landesregierung die Verwaltungsseite stärken, indem noch mehr kleine Kommunen in einer Amtsverwaltung zusammenarbeiten müssen. Das gleiche gilt für Landesaufgaben, die kommunalisiert werden sollen – nicht konsequenterweise in den Kommunen sondern in neuen kommunalen Verwaltungsregionen.

„Diese Reform ist technokratisch und denkt nur an Verwaltung. Die demokratische Kontrolle durch die Bevölkerung verliert dabei an Bedeutung“, bemängelte Meyer.

Was macht die Regierung?

Die Landesregierung will die kommunalen Aufgaben in größeren Ämtern und Verwaltungsregionen zentralisieren.

Der SSW kritisiert: Die Regierung will nicht nur das Falsche, sie macht es auch noch falsch.

Die Verwaltungsreform besteht aus einer langen Reihe von Maßnahmen, die sowohl die Organisation der Verwaltungen als auch die Aufgabenverteilung zwischen Land, Kreisen und Gemeinden betreffen. Die wesentlichsten sind:

Ämter sollen fusionieren

Die Landesregierung fordert, dass Ämter sich zusammenschließen, so dass in jedem Amt zukünftig mindestens 8.000 Einwohner leben.

Ämter

sind Verwaltungsgemeinschaften, in denen mehrere Gemeinden zusammen arbeiten, weil sie nicht die notwendige Größe haben, um die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben selbstständig erfüllen zu können. Sie betreiben dann gemeinsam eine sog. Amtsverwaltung, die verschiedene Gemeindeaufgaben für sie erledigt.

Die Zusammenschlüsse sollen "freiwillig" erfolgen, das heißt, die Landesregierung hat Wünsche geäußert, was dabei berücksichtigt wer-

den sollte. Sie macht aber keine Vorgaben, welche Kriterien erfüllt werden müssen, bzw. wer mit wem zusammengeht.

Neue Verwaltungsregionen

Die Landesregierung will sogenannte "kommunale Verwaltungsregionen" gründen, die sich über mehrere Kreise und kreisfreie Städte erstrecken. Die Verwaltungsregionen sollen Aufgaben von den Landesbehörden und von den Kreisen übernehmen. Wie bei den Ämtern werden diese Verwaltungen durch wenige Delegierte der Kreise und Städte kontrolliert - es gibt also keine Wahlen.

Aufgaben neu verteilt

Die Landesregierung will die Aufgaben zwischen den zukünftig fünf Verwaltungsebenen (siehe Grafik) neu

verteilen. Wer was machen soll, ist aber bis heute nicht abschließend geklärt.

SSW: Regierung hat falsche Vorgehensweise gewählt

Ein normaler Mensch überlegt sich erst, was er erreichen will, und handelt dann dementsprechend. Nicht so die Regierung. Statt erst zu fragen, was gut für die Bürger und die Finanzen ist, und danach den Staat einzurichten, hat sie erst einmal am grünen Tisch neue Strukturen gebastelt - ohne zu wissen, welche Ebene welche Aufgaben erledigen soll.

Außerdem bedeutet die Freiwilligkeit bei der Ämterzusammenlegung, dass niemand steuert. Das Ergebnis ist Anarchie.

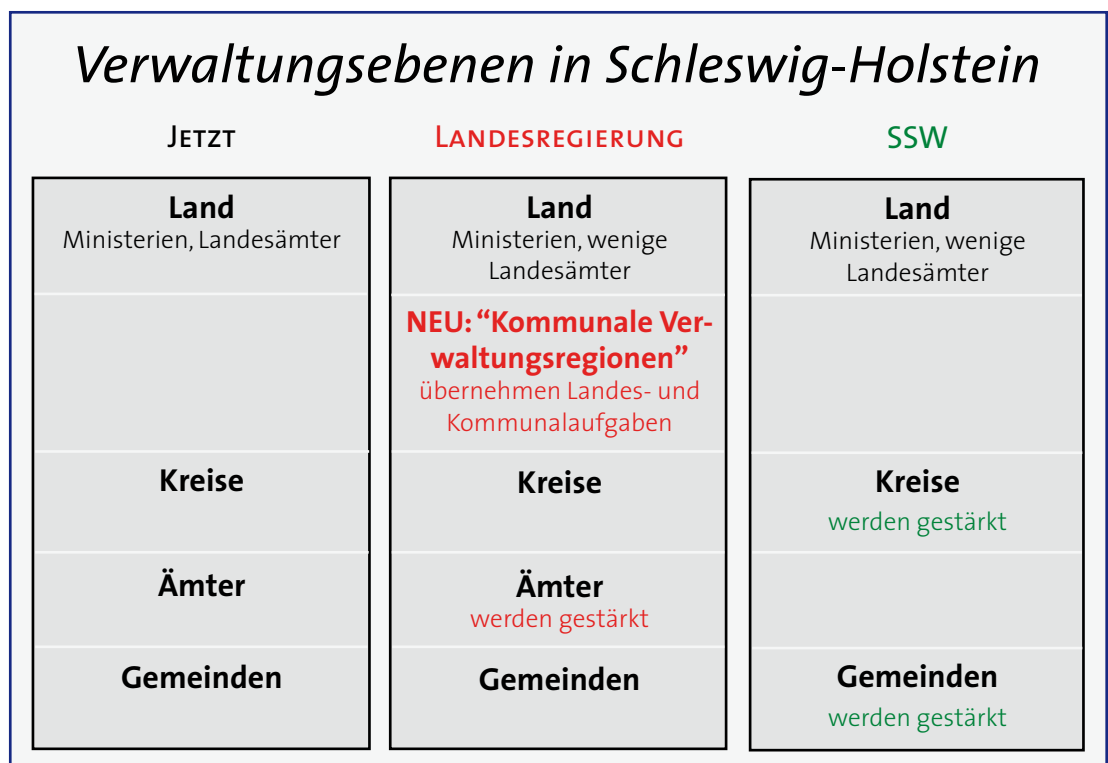
Die Regierung hat zwar gesagt: Bei Zusammenlegungen sollte genau

Chaotische Zustände

Im Schleswiger Umland orientiert sich das Amt Haddeby nach Kropp, Schuby nach Silberstedt und Tolk nach Böklund, obwohl alle drei sinnvoller Weise mit Schleswig zusammenarbeiten müssten.

In Nordfriesland will Tönning mit dem Amt Friedrichstadt zusammengehen, obwohl sie nicht einmal Nachbarn sind - dazwischen liegt noch das Amt Eiderstedt.

hingeschaut werden, wo die Bürger überwiegend wohnen, wo ihre Kinder zur Schule gehen, wo sie Freizeiteinrichtungen und andere Dienstleistungen des täglichen Bedarfs nutzen, und wie sie am besten dahin kommen. Weil die Landesregierung aber keine verbindlichen Vorgaben machen möchte, ist das Ergebnis, dass jeder mit jedem darf - egal wie sinnvoll es ist oder nicht.



Die Landesregierung will Bürokratie abbauen. Der SSW kritisiert, dass die Reform im Gegenteil mehr Arbeit, mehr Verwaltung und keine Einsparungen bringt.

Für den SSW bedeutet ein "schlanker Staat", dass es möglichst wenige Verwaltungen gibt, die ihre Aufgaben gut und schnell erledigen, ohne unnötigen Aufwand zu betreiben. Für die Landesregierung gilt dieses leider nicht, denn mit Bürokratieabbau hat ihre Reform wenig zu tun.

Ämter bleiben erhalten

Wenn alle Gemeinden groß genug wären, um die Aufgaben zu erfüllen, die eine Gemeinde für ihre Bürger erledigen muss, dann bräuchten wir keine Ämter. Deshalb tritt der SSW seit vielen Jahren für eine Gebietsreform ein, bei der größere Gemeinden gebildet werden. Die Landesregierung scheut aber eine Gebietsreform und hält deshalb an der eigentlich überflüssigen Ebene der Amtsverwaltungen fest. Stattdessen will sie Ämter mit weniger als 8000 Einwohnern zusammenlegen, weil sie für eine moderne, kostengünstige Verwaltung zu klein sind.

Nicht weniger Aufwand

Das Ergebnis: Die Arbeit wird nicht weniger. Denn die Zahl der Gemeinden bleibt gleich.

Lediglich einige Amtsverwaltungen werden zusammengelegt.

Bürokratische Ämter

Weil die Gemeinden in einem Amt selbständig sind, müssen sie eigene Budgets haben. Die Ämter müssen also für jede Gemeinde jährlich einen Haushalt und einen Nachtragshaushalt erarbeiten. Im Amt Süderbrarup mit 17 Gemeinden sind dieses z. B. schon 34 Budgets. Würden die Gemeinden zusammengelegt, dann käme man mit 2 aus.

Da die Gemeinden aber weiterhin vor Ort für die Bürger da sein wollen, wird eine größere Amtsverwaltung aber nicht zwangsläufig an einem Ort zusammengefasst. Die anderen Standorte bleiben möglicherweise erhalten - gespart wird kaum etwas.



Fotos: Flensburg Avis

Die Bürokratie wächst!

Mehr Koordinierung

Dafür wächst mit Sicherheit der Aufwand, weil innerhalb eines Amtes die Vorstellungen von noch mehr Gemeinden mit je ihrem Bürgermeister und Gemeinderat berücksichtigt werden müssen. In Ämtern, die um mehrere Gemeinden erweitert werden, wachsen die zeit- und ressourcenraubenden Abstimmungsprozesse. Zudem bleiben neben den Ämtern noch andere bürokratische Ungetüme wie Schulverbände und Zweckverbände bestehen. An all diesen Dingen ändert die Verwaltungsstrukturreform gar nichts.

Noch mehr Verwaltung

Mit den "kommunalen Verwaltungsregionen" wird sogar eine neue Verwaltungsebene geschaffen. Dabei ist es zum einen unklar, wieviel deren Errichtung kosten wird. Zum anderen ist klar, dass die neue Ebene wieder zu mehr Abstimmung und Koordinierung zwischen Verwaltungen und Politikern führt.

Keine Einsparungen

Die Landesregierung behauptet, mit dieser Verwaltungsstrukturreform Geld und Stellen zu sparen. Aber wie soll das gehen?

Bürokratische Zweckverbände

Zu den Aufgaben einer Gemeinde gehören neben der Verwaltung auch viele weitere Aufgaben, die eine kleine Gemeinde nicht erfüllen kann. Deshalb gründen mehrere Gemeinden z. B. Schulverbände, Schwarzdeckenverbände (Straßenbau) oder Wasserverbände. Diese haben wiederum eigene Verwaltungen und eigene Gremien, in denen Vertreter der Gemeinden aufwändig ihre Interessen abstimmen.

Bisher ist noch nicht einmal klar, wer was für die Bürger erledigen wird. Sicher ist nur: Wieder einmal werden „Häuptlinge“ in höhere (teurere) Besoldungsgruppen gestuft, weil sie mehr „Indianer“ bekommen.



Was bringt uns die Verwaltungsreform?

Die Landesregierung will "kommunale Verwaltungsregionen" gründen, die Landesaufgaben und kommunale Aufgaben übernehmen.

Der SSW kritisiert, dass dadurch noch eine Verwaltungsebene hinzukommt und dass damit eine Kreisreform "durch die kalte Küche" beabsichtigt ist.



Sollen zukünftig eng zusammenarbeiten: Die Kreisverwaltungen in Schleswig und Husum und das Rathaus in Flensburg.

Die Kreise werden geschwächt und für Fusionen vorbereitet

Der Innenminister wird nicht müde zu beteuern, dass mit seiner Verwaltungsstrukturreform keine neuen Verwaltungen aufgebaut werden. Aber Tatsache ist: Mit den kommunalen Verwaltungsregionen soll in Schleswig-Holstein eine neue Verwaltungsebene zwischen Land und Kreisen eingeführt werden - eine, die andere Bundesländer gerade abschaffen.

Die insgesamt fünf geplanten Kommunalen Verwal-

tungsregionen in Schleswig-Holstein sollen Aufgaben von Ministerien, Landesämtern und Kreisen übernehmen. Träger einer Region sind jeweils mehrere Kreise.

Abgesehen davon, dass sie mehr Kosten und Bürokratie verursacht (siehe Seite 3) hat diese Schnappsidee der Landesregierung noch weitere Schattenseiten: Sie verkompliziert den Staat und macht ihn damit auch weniger durchschaubar.

Schwächere Kreise

Außerdem schwächen die neuen Regionen die Kreise. Sie müssen Aufgaben „nach oben“ abgeben, obwohl gerade die Kreise sich seit der letzten Gebietsreform in den 1970ern bewährt haben. Damit wird die Chance verschenkt, sie zu starken regionalen Zentren weiter zu entwickeln.

Landräte unterstützen SSW-Position

Am 22. Februar veröffentlichte der Landkreistag seine Position zur Reform: Mehr Aufgaben für die Kreise statt Verwaltungsregionen.

die dänische Minderheit zu einem Problem werden, weil der Landesteil Schleswig vermutlich geteilt würde: Ein Nordkreis aus Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Flensburg würde Richtung Norden blicken, während Rendsburg-Eckernförde sich stark auf die Achse Kiel-Neumünster ausrichtet. Ähnliches würde gelten, wenn sich Nordfriesland in Richtung



Verkappte Kreisreform

Problematisch ist für den SSW darüberhinaus, dass die Landesregierung mit den Verwaltungsregionen eigentlich ein ganz anderes Ziel verfolgt: Sie will langfristig eine Kreisgebietsreform herbeiführen. Dieses könnte vor allem für

Dithmarschen orientiert. Der SSW legt deshalb Wert darauf, dass bei einer engen Zusammenarbeit der Kreise die historischen Grenzen des Landesteil Schleswig berücksichtigt werden.



Draußen vor: Die Kreisverwaltung in Rendsburg würde durch die neuen Verwaltungsregionen wahrscheinlich Richtung Süden ausgerichtet, während die anderen Nord-Kreise zusammenwachsen würden. Für den SSW und die dänische Minderheit eine verhängnisvolle Entwicklung.

Die Landesregierung will mit ihrer Verwaltungsstrukturreform mehr Bürger-nähe herstellen, sagt sie. Der SSW kritisiert: Die Bürger werden im Gegenteil weniger Durchblick und weniger Einfluss haben.

Die Distanz zu den Bürgern wächst

Im ersten Moment leuchtet es ein: Die Landesregierung sagt, dass sie die Bürger-nähe erhält, weil ihre Reform die kleinen Gemeinden unberührt lässt. Aber stimmt es auch?

Keine Bürger-Kontrolle

Ursprünglich waren die Ämter nur als „Schreibstuben der Gemeinden“ gedacht. Mittlerweile haben sie sich aber zu den eigentlichen Gemeinden entwickelt, weil dort die wichtigen Entscheidungen fallen. Umso mehr stellt sich natürlich die Frage, wie die demokratische

Kontrolle durch die Bevölkerung funktioniert. Amtsverwaltungen werden durch Amtsausschüsse kontrolliert, in denen Delegierte der Kommunen sitzen. Da jede Gemeinde nur wenige Delegierte entsenden kann, sitzen in der Regel die Bürgermeister und eventuell noch Vertreter der großen Fraktionen (sprich: CDU und SPD) im Amtsausschuss. Die kleinen Parteien bleiben außen vor und die Bürger haben keinen direkten Einfluss auf dieses Gremium (siehe Grafik). Diese Situation wird sich nach den Ämterfusionen noch verschärfen, weil die Amtsausschüsse sonst zu groß werden.

Das Prinzip der Kontrolle über einen Ausschuss wird auf die „Kommunalen Verwaltungsregionen“ übertragen, wo auch nur Landräte, Oberbürgermeister und große Fraktionen im Kontrollgremium sitzen werden. Eine direkte, von den Bürgern gewählte Kontrolle gibt es auch dort nicht.

Keine klaren Strukturen

Für die Bürger ist es wichtig, dass sie die Verwaltung durchschauen können. Sie müssen wissen, wer was macht und wen sie ansprechen können, um ihre Anliegen vorzutragen und um Einfluss auf Entscheidungen nehmen zu können.

Dies ist heute schon sehr schwierig und wird nach der Verwaltungsreform eher noch schlimmer.

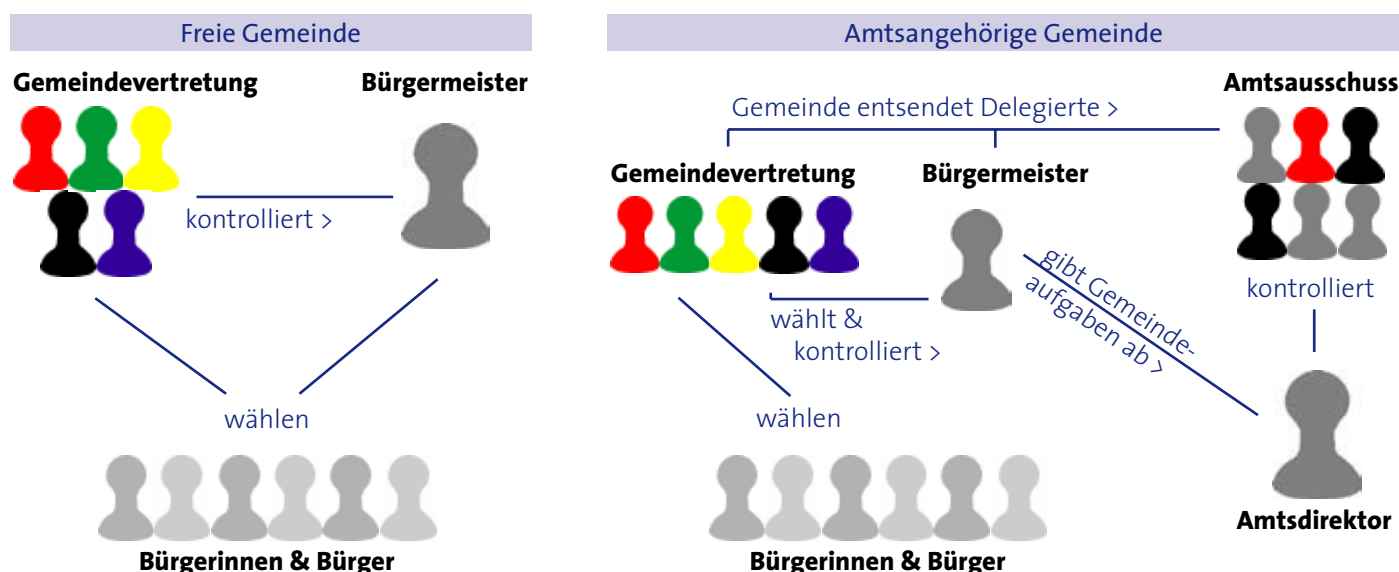
Falsche Bürgernähe

Das einzige, was die Landesregierung unter Bürgernähe versteht ist, dass in den Gemeinden der Bürgermeister um die Ecke wohnt. Es nützt den Bürgern aber nichts, dass die Bürgermeisterin und der Gemeindevertreter ihre Nachbarn sind, wenn diese nichts bewegen können. Der SSW meint deshalb: Die beste Form der Bürgernähe sind größere, handlungsfähige Gemeinden, die vor Ort wirklich Einfluss haben.



Foto: Flensburg Avis

Indirekte Demokratie: Einfluss der Bürger in Gemeinden und amtsangehörigen Gemeinden





Ehrenamtliche Kommunalpolitiker werden geschwächt

Die Landesregierung behauptet, mit ihrer Reform die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Der SSW kritisiert, dass die Macht der Verwaltungen auf Kosten der Kommunalpolitiker gestärkt wird und die großen Parteien eigene Interessen pflügen.

Ehrenamtliche Politiker wie Gemeinderäte, Ratsherren und Kreistagsabgeordnete müssen ihren Einfluss an höhere Ebenen abgeben, die sie nur indirekt kontrollieren können.

Fotos: Flensburg Avis



Für die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker ist es heutzutage kein Zuckerschlecken, die Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Die Kassen sind leer, es gibt wenig zu bestimmen - und die wenigen Entscheidungen, die noch gefällt werden können, sind unpopulär.

Kommunen haben kaum noch Handlungsspielraum

Viele Kommunen können kaum noch etwas bewegen. Angesichts der katastrophalen Finanzen bestimmen die Volksvertreter vielerorts nur noch, wo gespart werden soll oder nicht. Grundsätzlich lässt sich dieses Problem nur lösen, indem die Verteilung der Steuergelder zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu geregelt wird. Vieles wäre aber auch schon gewonnen,

wenn wir größere Gemeinden hätten. Diese hätten auch mehr Einwohner und damit auch mehr Geld zur Verfügung. Außerdem gäbe ein größeres Gebiet den Kommunalpolitikern wieder Spielraum, um wichtige Dinge zu planen.

Ämter haben übernommen

Schleswig-Holstein hat heute über 1000 Gemeinden unter 5000 Einwohnern, davon haben mehr als 400 sogar weniger als 500 Einwohner. In den meisten dieser kleinen Gemeinden entscheiden die Gemeindevertreter heute gerade noch, wo eine Parkbank stehen soll. Die wirklich wichtigen Fragen werden in den Ämtern oder in Zweckverbänden geregelt. Entscheidungen werden in den Amtsausschüssen oder

anderen Gremien getroffen, wo nur jeweils wenige Vertreter der Gemeinde sitzen (siehe Grafik Seite 5). In den

Swimmingpool statt Badewanne

Es ist keine bürgernahe Demokratie, wenn man nur noch über den Standort für eine Straßenlaterne diskutieren kann. Die Kommunalpolitik muss endlich wieder politisch gestalten können. Heute hemmen die Gemeindegrenzen aber eine vernünftige Entwicklung der kleinen Kommunen. Wir sind es leid, in einer Badewanne eingesperrt zu sein, obwohl wir in einen großen Swimmingpool schwimmen könnten."

*Otmar Petersen,
SSW-Kommunalpolitiker
in Schleswig*

Ämtern finden zudem Bürgermeisterrunden statt, in denen Vorentscheidungen fallen. So geben die kleinen, amtsangehörigen Gemeinden ihren politischen Einfluss ab.

Dasselbe blüht jetzt den Vertreterinnen und Vertretern in den Kreistagen und kreisfreien Städten. Wenn die Verwaltungsregionen eingeführt werden und Aufgaben der Kreise wahrnehmen, werden auch sie von einem Gremium kontrolliert, dem lediglich die Verwaltungsspitze (Landräte, Oberbürgermeister) und Politiker der großen Fraktionen angehören.

CDU und SPD profitieren

Von der Verwaltungsreform profitieren also nur die CDU und die SPD. Sie stellen so gut wie alle Bürgermeister und Landräte und ihre Gemeindevertreter werden in die Amtsausschüsse delegiert. Kleine Parteien, wie der SSW, haben kaum noch eine Chance, in den Amtsausschüssen oder in den Gremien der neuen Verwaltungsregionen zu sitzen.

Fazit: Mit der Verwaltungsstrukturreform wird der Einfluss der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker noch weiter ausgehöhlt.



Foto: Flensburg Avis

das kostet. Das ist doch eigentlich Schwachsinn bei den Aufgabenbereichen, die eine Gemeinde heute hat.“

Gemeinderäten wieder Verantwortung geben

Für Dres Lorenzen gibt es nur einen Ausweg: „Wenn wir eine größere Gemeinde wären, dann könnten wir wieder mehr für die Bürger leisten. Und dann würde das einzelne Gemeinderatsmitglied auch eine größere Verantwortung den Bürgern gegenüber fühlen. Das können sie heute kaum, weil sie keine Verantwortung tragen. Früher, als ich 1966 anfang hatte es noch ein gewisses Prestige, gewählt zu werden. Heute wird es immer schwieriger, Nachwuchs für den Gemeinderat zu finden. Auch deshalb ist eine Gebietsreform genauso notwendig, wie frisches Wasser für jeden Haushalt.“

“Eine Gebietsreform ist so wichtig, wie Wasser für jeden Haushalt”

Kaum jemand im SSW hat so viel kommunalpolitische Erfahrung wie Dres Lorenzen: 40 Jahre Gemeinderat, 25 Jahre Kreistag, 12 Jahre SSW-Kreisvorsitzender, Amtsvorsteher, Bürgermeister und vieles mehr. Sein Urteil ist klar: “Das ist keine Reform, das ist ein Rückschritt, der Geld kostet.”

Andreas Dres Lorenzen ist enttäuscht: „Was der Innenminister da gestaltet ist so wenig, da hätte er lieber die Finger ganz von lassen sollen. Selbst meine CDU- und SPD-Kollegen sehen die Notwendigkeit einer Gebietsreform. Aber auf Landesebene können sich CDU und SPD nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen.“

Dabei wünscht sich der Bürgermeister von Havetoftlojt schon seit langem,

dass die Landesregierung endlich den Mut findet, klare Kante zu machen.

Keine Kompetenzen

„Wenn ich die Entwicklung seit 1966 anschau, dann hätten wir schon vor vielen Jahren größere Gemeinden bilden müssen. Die Gemeinden haben keinen Entscheidungsspielraum mehr. Das fängt schon bei den Finanzen an. Die Umlage an den Kreis beträgt 33 % - ein Drittel des Geldes ist also schon weg, bevor wir es zu Gesicht bekommen. Dann zahlen wir noch die Amtsumlage - im Amt Satrup 23-24 %. Wenn ich noch die Schulverbandsumlagen und die Kostenbeiträge für das Gymnasium und die Kindergärten abziehe, sind über 90 % des Haushalts verplant. Dazu kommen noch andere Pflichtaufgaben, wie die Feuer-

wehren... Am Ende bleiben nur Kleinbeträge, die wir an die Bücherei, den Sportverein, Altenarbeit und Vereine verteilen.“

Viel Aufwand für wenig Ergebnisse

Was bleibt da von der kommunalen Selbstverwaltung? Viel Arbeit, wenig Ergebnisse, sagt Dres Lorenzen. „Was für ein Aufwand betreiben wir eigentlich für eine kleine Gemeinde, die wichtige Aufgaben auf eine Amtsverwaltung übertragen hat und nur über Peanuts bestimmen kann. Gemeinderäte müssen mindestens vier mal im Jahr tagen. Im Amt Süderbrarup mit 18.000 Einwohnern und 17 Gemeinden heißt das, dass 68 mal im Jahr ein Gemeinderat tagt - plus Ausschusssitzungen. Der Kämmerer des Amtes muss 18 Haushalte und 18 Nachtragshaushalte, aufstellen die im Amtsausschuss, in Gemeinderäten und in Ausschüssen beraten werden müssen. Man muss sich mal vorstellen, wie viel Zeit und Papier

Andreas “Dres” Lorenzen

Dres Lorenzen (70) gehört zu den profiliertesten Kommunalpolitikern des SSW. Der gelernte Meiereimeister und langjähriger Mitarbeiter der Deutschen Post wurde am 13. März 1966 zum ersten Mal in den Rat seiner Heimatgemeinde Dammholm gewählt. Danach folgten Stationen in nahezu allen Ämtern der Kommunalpolitik auf Gemeinde-, Amts- und Kreisebene. Heute ist er Bürgermeister in Havetoftlojt, stellvertretender Vorsitzender des Umweltausschusses vom Regionalrat Schleswig/Sønderjylland und Vorstandsmitglied in mehreren Zweckverbänden.



Fotos: Flensburg Avis

gen und Landesbehörden erreichen.

Weniger Bürgernähe, mehr Technokratie

Aus demokratischer Sicht ginge in einem Nordstaat die Bürgernähe der Politiker verloren, die immer noch unsere Landespolitik von der Bundespolitik unterscheidet. Die Befürworter des Nordstaates denken technokratisch nur in Verwaltungsstrukturen und vergessen, dass es hier um Bürger, um demokratische Institutionen und um regionale Identität geht. Genau hier liegt der Fehler bei der Nordstaat-Debatte ebenso wie bei der Verwaltungsreform der Landesregierung: Es geht eben nicht nur um Verwaltung, es geht zuerst um Demokratie.

Bürgernähe ist dezentral

Für den SSW gilt bei den Ländern das gleiche, wie bei den Kommunen: ein skandinavisches Prinzip der Bürgernähe. Wir wollen handlungsfähige und

Rote Karte für den „Nordstaat“

Norddeutsche Großmannsucht ist wieder in Mode. Auf dem SSW-Parteitag warnte Anke Spoorendonk die Landesregierung vor Überlegungen, die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg zu fusionieren.

Wenn man sich fragt, weshalb die Landesregierung bei der Verwaltungsreform große Einheiten schaffen will, dann liegt eine Antwort nahe: Sie erleichtern eine Fusion mit Hamburg. In den vergangenen Monaten mehren sich denn auch die Stimmen, die einen „Nordstaat“ fordern. Vor allem prominente CDU-Politiker wollen die Vereinigung.

Der SSW lehnt die Gründung eines „Nordstaates“ aus zwei oder mehreren Ländern ab. Wir sagen ja zu einer starken Zusammenarbeit der norddeutschen Länder bei konkreten Verwaltungsaufgaben. Wir sagen aber nein zu einer Fusion der Bundesländer, weil sie schlimme Konsequenzen für den Norden hätte.

Regierung würde Norden aus den Augen verlieren

Die Wirtschaftspolitik ist schon heute zu stark auf die Metropolregion Hamburg konzentriert. Dies würde sich in einem Nordstaat noch verstärken - die Politik verlöre den Norden Schleswig-Holsteins ganz aus dem Blick. Als „Juniorpartner“ von Hamburg hätte Schleswig-Holstein zudem eine schwächere Ausgangsposition und könnte noch weniger regionale Interessen des nördlichen Landesteils berücksichtigen.

Größe allein ist nicht entscheidend

Befürworter des Nordstaates behaupten, dass Schleswig-Holstein zu klein ist, um seine Aufgaben als Bundesland ordentlich erledigen zu können. Ein größeres Land kann eine modernere, schlankere Verwaltung haben, glauben sie. Aber wenn die Größe von Estland ausreicht, um EU-Mitglied und Vorzeigeland in Sa-

chen Bürokratieabbau und schlanken Staat zu werden, weshalb sollte Schleswig-Holstein dann zu klein sein, um als Bundesland zu funktionieren?

Keine finanziellen Vorteile

Auch das Argument, dass dadurch finanzpolitische Probleme behoben werden können, ist nicht viel mehr als ein Witz. Karl Otto Mey-



er hat es schon vor vielen Jahren gesagt: Zwei Nackte eröffnen doch kein Textilgeschäft! Das, was sich noch einsparen lässt, können wir auch durch eine starke Zusammenarbeit und Arbeitsteilung der Landesregierung

leistungsstarke dezentrale Einheiten. Wir wollen eine Demokratie die nah am Bürger stattfindet und die erreicht man nicht, indem man nur immer größere Verwaltungseinheiten schafft.